



HESSISCHER LANDTAG

22. 11. 2021

Kleine Anfrage

Rolf Kahnt (fraktionslos) vom 20.10.2021

Flughafen Frankfurt-Hahn Insolvenz

und

Antwort

Minister der Finanzen

Vorbemerkung Fragesteller:

Der Flughafen Frankfurt-Hahn befindet sich zu 82,5% im Besitz der HNA Airport Group GmbH, welches die Anteile im Jahr 2017 vom Land Rheinland-Pfalz erworben hatte, und zu 17,5% im Besitz des Landes Hessen. Wie alle Flughäfen leidet der Flughafen Hahn aufgrund der andauernden Corona-Krise am Einbruch des Passagierverkehrs, konnte aber nach Angaben des Branchenverbands ADV starke Zuwächse im Frachtverkehr verzeichnen. Der Flughafen Hahn ist einer von fünf Flughäfen in Deutschland, die eine Nachtflugerlaubnis besitzen, was ihn insbesondere für Frachtflüge interessant macht.

Am 19. Oktober 2021 wurde durch Veröffentlichungen des Amtsgerichts Bad Kreuznach bekannt, dass die Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH einen Insolvenzantrag gestellt hat. (Quelle: Wirtschaftswoche, FAZ, n-tv)

Diese Vorbemerkung des Fragestellers vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

- Frage 1. Seit wann ist die Landesregierung als Miteigentümerin des Flughafens Frankfurt-Hahn über ein drohendes Insolvenzverfahren informiert?
- Frage 2. In welcher Weise ist die Landesregierung in die Vorbereitung zum Insolvenzverfahren eingebunden?

Die Fragen 1 und 2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Das Land hat am 19. Oktober 2021 aus der Presse vom Insolvenzantrag der Geschäftsführung erfahren. Anlass war der Beschluss des Amtsgerichts Bad Kreuznach vom selben Tag zur Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters, der die Vermögensverhältnisse des Flughafens Hahn begutachten und dem Insolvenzgericht Bericht erstatten soll, ob die Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens vorliegen. Kurz darauf wurde dies seitens des Unternehmens Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landes gegenüber bestätigt.

- Frage 3. Hat es eine Zusammenarbeit der Landesregierung mit der Haupteigentümerin des Flughafens Frankfurt-Hahn seit Bekanntwerden der wirtschaftlichen Schieflage deren Muttergesellschaft (HNA Group) zu Beginn des Jahres 2021 gegeben?

Dass sich der Flughafen Frankfurt-Hahn in einer schwierigen finanziellen Situation befindet, ist seit Langem bekannt. Diese Situation hat sich aktuell zugespitzt.

Der chinesische Mehrheitsgesellschafter hat in 2021 auf mehrfache schriftliche und dringliche Auskunftersuchen des Landes nicht bzw. nicht hinreichend reagiert. Insbesondere in den letzten Wochen wurden jegliche Informationen über die finanzielle Situation des Unternehmens verweigert, was das Land ausdrücklich kritisiert.

- Frage 4. Über welche Erkenntnisse verfügt die Landesregierung bezüglich der beabsichtigten Ziele des Insolvenzverfahrens?
- Frage 5. Welche Maßnahmen zur Weiterbetriebsung des Flughafens sowie der Sicherung der Arbeitsplätze plant die Landesregierung unter dem Insolvenzverfahren?

Die Fragen 4 und 5 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Nach dem Beschluss des Amtsgerichts Bad Kreuznach wurde ein vorläufiger Insolvenzverwalter bestellt, der die Vermögensverhältnisse des Flughafens Frankfurt-Hahn begutachten und dem Insolvenzgericht Bericht erstatten soll, ob die Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens vorliegen.

Aktuell steht das Land in Kontakt mit dem Insolvenzverwalter, der mitgeteilt hat, dass das Unternehmen – soweit dies möglich ist – fortgeführt werden soll.

Die Frage nach einem Weiterbetrieb des Flughafens sowie der Sicherung der Arbeitsplätze können zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden.

Frage 6. In welchem Zeitraum ab 1997 hat die Landesregierung staatliche Beihilfen an den Flughafen Frankfurt-Hahn geleistet?

Frage 7. Wie hoch waren die unter Frage 6 erfragten staatlichen Beihilfen insgesamt?

Die Fragen 6 und 7 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Das Land Hessen hat sich im Jahr 2004 an einer Kapitalerhöhung der Gesellschaft mit 20 Mio. € beteiligt und ist Mitgesellschafter geworden. Das Land zahlte in fünf gleichen Raten von jeweils 4 Mio. € in den Jahren 2005 bis 2009 8,75 Mio. € in das Stammkapital und 11,25 Mio. € in die Kapitalrücklage ein.

Wiesbaden, 17. November 2021

Michael Boddenberg